

II- 3607 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 11. Juli 1974

Nr. 1782/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Egg, Horejs, Jungwirth, Dr. Reinhart, Wille und Genossen  
an den Bundesminister für soziale Verwaltung  
betreffend Betreuung der unselbständig Beschäftigten durch Werksärzte.

Die Betreuung der österreichischen Arbeitnehmer durch Werksärzte in den Unternehmungen ist zweifelsfrei einer sorgfältigen Beachtung wert. Es ist immer wieder festzustellen, dass in der Wirtschaft unseres Landes das betriebliche Gesundheitswesen nicht jenen Platz einnimmt, das der Arbeitsmedizin zukommt.

Aus diesen Gründen wird die Verordnung des Sozialministeriums, wonach in Betrieben mit mehr als 750 Arbeitnehmern eine ärztliche Beratungsstelle eingerichtet werden muss, begrüsst.

In diesem Zusammenhang sollten allerdings auch die arbeitsmedizinischen Erkenntnisse in den Unternehmungen zum Schutze der Gesundheit der Arbeitnehmer mehr Eingang finden als bisher.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

## A n f r a g e n :

1. Wieviel hauptberufliche und nebenberufliche Werksärzte werden derzeit in den österreichischen Unternehmungen beschäftigt ?
2. Welche gesetzlichen Möglichkeiten stehen den Werksärzten zur Verfügung, um aus arbeitsmedizinischen Gründen auf Entscheidungen der Unternehmungen bezüglich der Gestaltung von Arbeitsplätzen Einfluss nehmen zu können ?
3. Wie entwickelten sich die Zahlen der berufsbedingten Gesundheitsschäden in den letzten Jahren, unterteilt nach inländischen und ausländischen Arbeitnehmern ?
4. Über welche ärztliche Kompetenzen verfügen die Werksärzte in Ausübung ihrer Tätigkeit ?